

Medienpolitik für das digitale Zeitalter

Beschluss des Deutschlandtages vom 5. bis 7. Oktober 2018 in Kiel

Die Digitalisierung großer Teile der Medien und Kommunikation hat Menschen weltweit zusammen- sowie einander nähergebracht und somit einen wesentlichen Teil zur Globalisierung und einem intensivierten internationalen Austausch beigetragen. Sie hat auch ermöglicht, was zuvor traditionellen Medien, Fernseh- und Rundfunksendern sowie Verlagen, vorbehalten war: die massenhafte Verbreitung von Informationen, Wissen und geistigem Eigentum, bei der zwischen Sender und Empfänger oft nicht mehr unterschieden wird. Das hat zu vielen gesellschaftlichen Fortschritten, aber auch Herausforderungen und Spannungen geführt. Die klassische Medienregulierung, wie sie in Deutschland unter anderem durch den Rundfunkstaatsvertrag festgeschrieben wird, hat so an Bedeutung und Wirkung massiv eingebüßt. Sie führt letztlich zu Standortnachteilen für Medien- und Kulturschaffende in Deutschland.

Die Junge Union fordert deshalb:

1. die Abschaffung des Rundfunkstaatsvertrages zugunsten eines neuen Medienstaatsvertrages. Dieser neue Vertrag muss Richtlinien beinhalten, die für klassische Medien, Medienplattformen und Intermediäre gelten, die sich offensichtlich auch an ein deutsches Publikum richtet. Dabei ist für das jeweilige Angebot in erster Linie nicht der Ausspielkanal der Inhalte, sondern deren Relevanz maßgeblich. Youtube-Videos und Facebook-Lives, die Millionen Menschen erreichen, müssen die gleichen Auflagen erfüllen wie ein lineares Fernsehangebot mit vergleichbarer Relevanz. Auch der Faktor der öffentlichen und individuellen Meinungsbildung sollte hierbei mit einbezogen werden. Umgekehrt kann von einem Angebot aber nicht mehr erwartet werden, für regelmäßige Publikationen eine Sendelizenz beantragen zu müssen. Ein praktikabler erster Schritt wäre für diese Fälle eine Anzeigepflicht.

2. die gleiche Behandlung von nationalen und internationalen Medienunternehmen und Anbietern, wenn sie auf dem deutschen Markt aktiv sind. Die Junge Union begrüßt deshalb das Urteil des Europäischen Gerichtshofes, dass Netflix als ein in Deutschland tätiges

Unternehmen seinen Teil zur deutschen Filmförderung beitragen muss – wie alle anderen Anbieter in Deutschland auch.

3. Augenhöhe für nationale und multinationale Wettbewerber zu schaffen. Unabhängiger Journalismus und kulturelle Vielfalt sind hohe Güter unserer freiheitlichen Gesellschaft, deren marktwirtschaftliche Erlösmodelle auch rechtlich abgesichert sein müssen. Dies kann nur auf europäischer Ebene vollständig erreicht werden. Einen wichtigen Beitrag muss dazu ein starkes Europäisches Urheberrecht leisten, das insbesondere verlegerische Leistungen schützt und die Rechtsposition von Verlagen auch gegenüber multinationalen

Intermediären stärkt. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Einrichtung von Upload-Filtern lehnen wir indes als unverhältnismäßig ab.

Nur wenn auf dem deutschen und dem europäischen Markt gleiche Rechte und Pflichten für alle Anbieter gelten, kann man von einem fairen Wettbewerb sprechen. Diese Grundprinzipien der Medienregulierung sollten außerdem flexibel genug sind, um mit der Entwicklungsgeschwindigkeit am Markt Schritt halten zu können. Wir sehen es als die Aufgabe der Politik an, einen entsprechenden Rahmen für fairen Wettbewerb herzustellen.